

Wöchentliches Anzeiger

für Deuchern

und Umgegend



Abonnementpreis: Die sechsgeheften Monatshefte 50 Bfg. Neelanzeige 1.— RT.

Neuannahme in der Redaktion dieses Blattes, Belegstraße 10, bis spätestens Vormittag 9 Uhr. Weitere und vollständige Angaben müssen am vorhergehenden Tage in unserer Hand sein.

Ercheint wöchentlich 3 mal, und zwar Von Ag. Mittwoch und Freitag abends 8 Uhr für den folgenden Tag.

Verteilerpreis: durch einen Geschäftsleute 5,50 RT. von anderen Orten ins Haus 6,00 RT. und nach des Postverkehrs RT. Einzelkäufer: 20 Bfg.

Verteilerpreise und monatliche Beiträge werden außer in der Geschäftsstelle, Belegstraße 10, auch von unseren Boten an allen Poststationen angenommen.

Amtesliches Verkündigungsblatt für die Stadt Deuchern.

№ 26

Dienstag, den 1. März 1921.

60. Jahrgang

Reich und Einzelstaaten.

Der Anfall der Präsidentschaften gibt Anlaß, die verfassungsmäßigen Bestimmungen über die Beziehungen zwischen dem Reich und den Einzelstaaten des Reiches zu betrachten. Denn es kann nicht gleichgültig für die amtierende Reichsregierung sein, was für ein Ministerium die Staatsgeschäfte im größten deutschen Bundesstaate zu leisten haben.

Die Regierung im Reich wie in den Einzelstaaten sind parlamentarische, sie haben also ihre Amtsführung von dem Vertrauen des Reichstages bzw. ihrer Landesvertretung, die das Volk repräsentieren, abhängig zu machen. Im Reich beruht der Reichspräsident den Reichstag, der sein Kabinett bildet, in Preußen macht die Landesversammlung den Ministerpräsidenten zum Leben und Tod. Das sieht grundverschieden aus, ist tatsächlich aber wesentlich dasselbe, denn Voraussetzung ist in beiden Fällen, daß eine parlamentarische Mehrheit da ist. Ohne diese Mehrheit kann kein Reichstagler seinen Posten übernehmen, und ebensowenig kann ohne eine solche eine preussische Ministerpräsident gewählt werden. Diese letztere Wahl ist also formenreicher, heute kann man nur darauf gespannt sein, wie sich die Mehrheit zusammenfinden wird, denn danach bestimmt sich fast ausschließlich die Persönlichkeit des leitenden preussischen Staatsmannes.

Das Reichsregiment war so, daß die bisherige preussische Regierung darin kein Vertrauen erlangt hat, sondern eher das Gegenteil davon. Wenn die bisherige Regierungsmehrheit in der Landesversammlung den Versuch machen sollte, das Ministerium Braun weiter zu halten, so würde seine Zustimmung mit dem bestehenden Reichsregiment herbeigeführt sein. Im Reich ist der Abg. Hehrbach vom Zentrum Reichstagsabg., in Preußen der Abg. Braun von der Mehrheitsfraktion Ministerpräsident. Es hat sich im letzten Winter gezeigt, daß diese beiden Regierungen keineswegs immer der selben Meinung waren, sondern es hat wiederholt scharfe Auseinandersetzungen unter ihren Ministern gegeben. Am 14. Januar wurde der Reichstag durch den Reichspräsidenten aufgelöst, daß er zugleich der leitende preussische Ministerpräsident war. Das ist nach den heutigen Verfassungen zwar nicht unbedingt angebracht, aber es ist wenig wahrscheinlich. Jedenfalls ist es aber für die Volkswirtschaft nicht förderlich, wenn das Reichsregiment rechts, das Preussenregiment links will. Die Verfassung sieht in der Fall von Meinungsverschiedenheiten zwischen Reich und Einzelstaaten einen Appell an das deutsche Volk zur Entscheidung, vor, aber es ist davon kaum, wird manche Unruhe erregen übermäßig sein. Das heute abweichende Auffassungen zwischen dem Reichsregiment und der bayerischen Regierung deuten, ist es anzunehmen, und eben, daß die Entscheidung in vielen deutschen Regierungen nicht auf Berlin zu sprechen ist, und erst recht nicht darauf, daß Gelege auf die Berliner Verhältnisse und Bestimmungen zugeschnitten werden.

Es ist darum nicht auszusprechen, daß es nicht lange dauern wird, wenn im Reich und in Preußen zwei Regierungen, die in ihren politischen Zielen nicht einig sind. Das gibt keinen Vertrag, die Erfüllung im Inneren wird nur geringer. Und vor allem ist es nur dem Namen nach parlamentarisch, aber nicht in Wahrheit. Die Verfassung stellt das Reich und seine Glieder als ein einziges Ganzes hin, aber die Theorie der Einigkeit darf nicht der Geheule des Experimentierens angelegt werden. Das magie nicht einmal Bismarck, Reichsverweserheit ist ein böses Wort, das nicht zum ersten Mal in Deutschland gefallen ist.

Die letzten Vorbereitungen.

Die Sachberatung der Sachverständigen.

Heute die letzte Sitzung des deutschen Sachverständigenausschusses, die unter dem Vorsitz des Reichsministers Dr. Simons Freitag stattfand, wird mitgeteilt: Die Sachverständigen kamen zu dem einhelligen Ergebnis, daß die Annahme der Pariser Forderungen aus wirtschaftlichen und finanziellen Gründen unannehmlich ist, und daß jeder Versuch, eine Lösung auf Grund der von der Regierung zu finden, zu einem Zusammenbruch der Weltwirtschaft führen müsse. Eine von den Sachverständigen ausgesprochene Denkschrift weist diese Unmöglichkeit in einzelnen nach. Die Sachverständigen erklärten sich mit dem Standpunkt der Reichsregierung, in den zu machenden letzten Gegenüberstellungen bis an die Grenze der deutschen Leistungsfähigkeit zu gehen, einstimmig einverstanden.

In der Sitzung nahmen neben den Vertretern des Auswärtigen Amtes, des Reichsministeriums des Innern, des Reichsfinanzministeriums, des Reichswehrministeriums, des Reichsjustizministeriums, des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, des Reichsministeriums für Wirtschaft, des Reichsministeriums für Verkehr, des Reichsministeriums für Arbeit und den die Delegation nach London beauftragten Sondervertretern Reichens und Bayerns Geheimrat Hellmuth und Staatsrat v. Meißner die folgenden Herren teil:

Geb. Kommerzienrat Arnold, Stellvertretender Vorsitzender des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, Prof. Dr. Böhm, Erz. Ober v. Braun, Abg. Reichstagsabg. (Zent.), Geb. Regierungsrat Zinsberg, Gewerkschaftssekretär Abg. Crellenz (Zent.), Präsident des deutschen Industrie- und Handelsrates Abg. Dr. Frenzel (Zent.), Malermeister Hansen, Reichsstaatspräsident Erz. Savenstein, Abg. Dr. Georg Helm (Napr. Sp.), Geb. Verwalter Hilger, Leiter wirtschaftlicher Verbände Abg. Feinlich (Zent.), Geb. Kulturrat Heubner, Kommerzienrat Köhner, Generaldirektor Klinger, Direktor Krümer, Gewerkschaftssekretär Abg. Löffler (Zent.), Direktor Lübbert, Dr. Karl Melchior, Staatssekretär a. D. Dr. August Müller, Dr. Walter Mathenau, Gewerkschaftssekretär Abg. Silberjohndt (Zent.), Direktor v. Staub, Hugo Stinnes, Direktor des Reichsverbandes der Deutschen Arbeitgeber, Generaldirektor Köpfer, Reichsverband der Arbeiter, Geb. Oberregierungsrat Wiesfeldt und Reichsminister a. D. Wiffel.

Das Reichsministerium hat Freitag nachmittags unter dem Vorsitz des Reichsministers unter der Leitung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft die Londoner Konferenz in Deuchern abgehalten.

Sonabend vormittag empfing dann der Reichsminister des Auswärtigen die Vertreter der Reichstagsparteien, um ihnen die Absichten der deutschen Regierung für London bekanntzugeben. Mittags machte Reichsminister Simons die besten Mitteilungen dem Ausschuss des Reichstages für die auswärtigen Angelegenheiten. Sonntag vormittag reiste die deutsche Delegation nach London ab.

Reich will Deutschlands Vorse mit Gewalt öffnen. Der französische Ministerpräsident erklärte in London, in einer Brief-Unterredung für das Ministerbüro.

Die Wiedereröffnung ist eine Frage der Gerechtigkeit, die für alle Nationen bindend ist, und bevor sie nicht gestellt ist, wird Europa ganz lässig zu herrschen. Wenn Deutschland wegen der Besetzung eine Schwere lastet, so besteht auch in Frankreich eine Schwere lastet, und sicherlich sollte die Schwere auf beiden der Nation sein, die angegriffen wurde und geliebt hat. Aber die Gerechtigkeit der französischen Forderungen kann ein Zweifel nicht herrschen. Es ist für einen Schuldner ganz lässig zu erklären, er sei nicht in der Lage zu zahlen. Es gibt jedoch kein Beispiel eines Nichtes, der eine solche Erklärung annimmt, ohne ihre Nichtigkeit zu prüfen. Wir sind gekommen, um Deutschlands Gegenbor- schuld anzuhören. Frankreich hat in dem in Paris erzielten Abkommen indes Dyles gefordert, das möglich war. Frankreich kommt nicht mit einer vorzeitigen Ansicht und ist bereit, alles anzunehmen, was die Lage verbessern würde (1). Wenn Deutschland jedoch nur über sein eigenes Geld (2) will, dann werden wir ihm auch zeigen, was unser Land ist.

Wenn Deutschland nichts in seiner Borse hat, dann soll es sie öffnen, damit wir selbst nachsehen können. Will Deutschland dies nicht tun, dann müssen wir eben die Borse mit Gewalt öffnen.

Die Orientfragen.

Eine Kommission soll die Fragen regeln. Die Londoner Orientkonferenz machte unbedingt Sonabend zu Ende kommen, denn Montag beginnt bereits die Konferenz mit den Deutschen. Da aber noch so viel Streitfragen bestehen, die gelöst werden müssen, hat man zu dem alten Hilfsmittel, gesetzlich, und eine Kommission einzusetzen beschlossen. In der Sitzung am Freitag teilte Lord George mit, angelehnt der Meinungsvorstellungen, die sich hinsichtlich der Bevölkerung von Syrien und Smirna in den Griechischen zugewandenen Zonen gezeigt hätten, hätten die Briten sich bereit erklärt, die Frage einer Internationalen Kommission zu unterbreiten, die an Ort und Stelle eine rasche Untersuchung über die Vor- und Nachkriegsstatistiken anstellen soll. Beide Parteien sollen sich formell verpflichten, das Ergebnis dieses Schiedsspruches anzunehmen, sowie die übrigen Vertragsparteien, die ohne Veränderung anzufrucht erhalten werden sollen. Eine weitere Bedingung ist, daß die Grenzfragen sofort eingeleitet werden, daß die Kriegsgefangenen ausgetauscht werden, und daß den Arbeiter in den griechischen und türkischen Gebieten bis zum endgültigen Abschluß des Friedens Siderheiten gegeben werden.

Beide in Parisigen Delegationen erklärten sich mit der Einsetzung dieser Kommission einverstanden und erklärten, sie würden sich bereit erklären, die Kommission zu unterstützen über daran die Bedingungen, daß die Streitigen Gebiete während der Tätigkeit der internationalen Kommission international verhandelt werden sollen, und daß die Entscheidungen in zwei Monaten abgeschlossen werden. Auch verlangten die Türken, daß die griechische Grenze nicht vergrößert und nicht herabgesetzt wird. Für die Beendigung der Frage Lord Georges, daß die übrigen Bedingungen des Vertrages von Teheran annehmen, haben sich die Türken bereit erklärt.

Sehr verstimmt waren die Griechen über die Entscheidung der Konferenz, ihnen deren bekanntlich die Gebiete von Trojen und Smirna durch den Vertrag von Teheran zugesprochen, und sie möchten sie jetzt natürlich nicht gern herausgeben. Die griechische Delegation hatte bis Freitag abend lange Beratungen und eine endgültige Entscheidung von ihr ist noch nicht bekannt.

Der Deuchener Rechtsbruch.

Die Verletzung des Kupfa-Prozesses.

Wie aus Kreisen der internationalen Kommission verlautet, soll der Kupfa-Prozess doch stattfinden; allerdings nicht vor dem polnischen Deuchener Schlichtergericht, sondern einer vorläufigen Behörde gemäß vor dem Sondergericht der internationalen Kommission in Dypeln.

In Zusammenhang mit dem Wodroetz Kupfa steht noch eine andere sensationelle Affäre: die Meinungsäußerung des polnischen Reichsministerpräsidenten im polnischen Reichstagskommissionariat in Deuchern. Allen Anschein nach war der Staatspräsident Mirczyk, der im unmittelbaren Untergebener, der den Auftrag hatte, die polnische Reichsministerkommissionariat zu leiten. Dieser Sekretär Reichstagsrat hat nur einen Meinung geäußert, daß er befrucht, dem Mirczyk befruchtig zu haben. Das Gegenteil ist durch die Bornunterstützung klar erweisen, und nachdem nun ein Haftbefehl gegen Reichstagsrat erlassen worden war, ist er flüchtig und allem Anschein nach über die polnische Grenze entkommen.

Alle diese Spuren weisen untrüglich darauf hin, daß Korruption polnischen Reichstagsministerpräsidenten mit dem Wodroetz in Verbindung steht. Es ist zu beklagen, daß der Beginn des Prozesses und der Gang der Verhandlung durch die internationalen Kommission so lange hingezogen wird, daß diese in der Sache erst nach der Abkündigung zur Verfügung kommen kann. Würde der Prozess vor der internationalen Kommission auf das schwerste Kommissariat und die polnische Sache in Dypeln rettungslos bittend werden.

Die Wodroetz und seine französischen Offiziere mit polnischen Wodroetz Arm in Fern, wählend eine liebliche Freundeschaft. Lieber Herr: Die unparteiliche internationale Kommission.

Das französisch-polnische Bündnis, das einseitig nur gegen Deutschland gerichtet ist, illustriert diese „Unparteilichkeit“ der Franzosen noch deutlicher. Lieber dieses Bündnis heißt in den gewöhnlichen „Deutschfreundlichen“, „Times“, die Elite und Energie, mit der die polnischen und französischen Staatsmänner das Bündnis zwischen Polen und Frankreich zustande gebracht hätten, deutet darauf hin, daß Frankreich für die Londoner Konferenz den Bündnisvertrag bereit haben wollte, so daß es die Möglichkeit habe, eine Konvention polnischer Truppen 100 Meilen von Berlin zu unterzeichnen, falls Deutschland sich unparteilich zeigen und Großbritannien eine entschlossene französische Politik nicht unterläßt.

Die neue Getreidebewirtschaftung.

Einigkeiten über das neue Umlageverfahren. In einer Pressekonferenz machte der badische Minister des Innern nähere Mitteilungen über die in Baden veränderte Umlageverfahren des Getreides. Die fideleischen Ernährungminister haben bei der Münchener Konferenz zunächst die freie Bewirtschaftung gepredigt unter der Voraussetzung, daß es gelinge, eine Getreideernte von 1 1/2 Millionen Tonnen ins Land zu bringen, die den Lebensmittelpreis bei der Regelung der Bevölkerung stehen und gleichzeitig zur Regenerierung der Preisbildung Verwendung finden sollten. Dieser Wunsch erwies sich aber wegen der Schwierigkeit der Bewirtschaftung als unumsetzbar.

Bei dem bestmöglichen Umlageverfahren soll jeder Landwirt pro Hektar mit Wintergetreide bebauter Fläche nicht mehr als durchschnittlich 3 1/2 Doppelzentner Getreide in den Verkauf zu bringen, die auf Grund der amtlichen Einzelpreise auf ungefähr 200 Mk. pro Tonne berechnet sind. Das Reich legt lediglich dem einzelnen Landwirt die entsprechenden Sollmengen auf; nur die Länder sind gegenüber dem Reich verpflichtet, für die nicht eingehenden Quanten den Unterschied zwischen dem amtlichen und dem Weltmarktpreis zu bezahlen. Da die diese Beiträge von den einzelnen Gemeinden und Landwirten zurückzulehen, bleibt ihrer Entlastung überlassen.

Man hofft, auf dem Wege der Umlage 3 Millionen Tonnen Getreide erlassen zu können. Die übrigen Getreideerträge kann der Erzeuger in seiner Borse nach Willen zu veräußern. Nachdem kommt von seiner Umlage sein Bedarf als Selbstzeuger in Bezug, so daß keine Landwirte im kommenden Entschleun von der Zwangsbeschaffung im Getreide billiger freisetzt sein werden. Auch die Mahlen und Mäuskontrolle wird fallen.

erkannte auf 1 Jahr 2 Monate Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust.

Auf dem Reichstag in Halle soll ein Vollenfrager erwidert werden. Das Schicksal soll 19 Stadtwerte hoch sein und 700 Büromer beiderben. Das Riesenprojekt ist finanziell gesichert. Die Bauarbeiten sollen sofort aufgenommen werden.

25. Febr. Die Einführung der Grundschule ist vom Magistrat für März 1921 beschlossene worden.

Die Wahlen zum Provinziallandtag in der Provinz Sachsen.

Magdeburg, 25. Febr. Nach dem bisher vorliegenden Ergebnis haben die Wahlen zum Provinziallandtag in der Provinz Sachsen eine knappe sozialistische Mehrheit ergeben. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß die erhaltene Feststellung noch Veränderungen in den Mandatszahlen bringt.

Mörsingen, 24. Febr. Stroßenbaumaßnahmen im Frühjahr. Eine bestandenere Anordnung trifft die hiesige Bauverwaltung. Es muß die Gemeindeverwaltung an, bis zum 15. April die erforderlichen Neu- und Ergänzungsanfragen an den Straßenbauamt und an den ältesten Bauamt sachgemäß zu bewilligen, Ausarbeiten der Kronen, das Reinigen der Stämme von abgestorbenen Ästern, Moos- und Flechtenresten, sowie das Auflockern der Baumstämmen vornehmen zu lassen. Neue Bäume sollen in 11 Meter Entfernung von einander gepflanzt werden; sie müssen eine Stammhöhe von mindestens 2 Meter und schon, gleichmäßig gezeigere Kronen haben, auch mit geschälten Baumstämmen versehen sein. Als Anpflanzung für größere Bäume sind einzelne hohe Stangen mit Astreibern zu errichten, damit die Äste der jungen Kronen nicht beschädigen. Ueber die anzuwendenden Vorschriften sollen die Gemeindeverwalter sich von sachverständigen Stellen unterrichten lassen.

Wittenberg, 24. Febr. (Um den Besitz des Schlosses). Die Bürgerchaft, die sich im früheren Besitz des hiesigen Schlosses wohnt, ist sich gegenwärtig abgesetzt worden durch die Mitteilung, daß der Finanzverwalter des Thüringer Landtages den Ankauf der alenbürgischen Betriebsregierung und der hiesigen Gemeinde abgelehnt hat. Die Regierung und die hiesige Gemeinde abgelehnt hat. Die Regierung und die hiesige Gemeinde abgelehnt hat.

Wittenberg, 25. Febr. Einem oblen Herrn H. (Lebens) die zumhiebenden Bewohner der ganzen Umgebung. Statt der erhoffenen 100 Mark pro Zimmer wurden kaum 18 Mark gezahlt.

Vermishtes.

Schließung der Vulkanwerk in Seltin.

Seltin, 26. Febr. Nach einer Vätermeldung aus Seltin ist die Vulkanwerk geschlossen und die ganze Arbeiterchaft entlassen worden. Der Grund in dieser Hinsicht ist die passiv Restierung der Schiffsbauer, die sich gegen die Trennung eines Vorarbeiters zum Weisen richter, der dem Hiesigen Danderschem Verbands angehört. Es kam wegen dieses Vorfalls wiederholt zu Schlägereien. Die Werk bleibt bis zur Wiederherstellung geordneter Verhältnisse geschlossen.

Berlin, 26. Febr. Zu der Meldung eines Münchener Blattes, wonach die Korsettentfabrik a. D. Gerhardt an Sines mit dem Antrieben brachgefallen sei, die gegenwärtige Regierung zu führen, falls sie bei den Verhandlungen in London versagt, ist die Deutsche Allgemeine Zeitung ermächtigt, zu erklären, daß Sines dem Kapitän Gerhardt weder persönlich kennt, noch jemals mittelbar oder unmittelbar mit ihm in Verbindung gestanden hat.

Amerikanische Erzeuger in Württemberg. Im württembergischen Landtag machte der Finanzminister Mitteilung, daß an zwei Stellen in Württemberg große Erzeuger festgestellt wurden, vor allem bei Kuchen, wo unter günstigen Verhältnissen und Abwenderhältnissen Genuß von besserer Zusammenfassung gefunden wurden.

Wohnungsverhältnisse bei den rüblichen Lebensmittelgeschäften. Zu der gestrigen Stadtvorstandssitzung hat die beauftragte Kommission eine Besichtigung des Lebensmittelgeschäfts beantragt, den gutem Sinn mit einer Treuhandgesellschaft die Geschäft des Lebensmittelgeschäftes Groß-Berlin einfallen soll. Am 1. Oktober 1920 habe der Lebensmittelverband einen Bestand an Hülsenfrüchten von zusammen 18 000 Tonnen getagt, die einen Verkaufswert von 135 320 000 Mark darstellen. Bei dem Verkauf der Erbsen sei dann ein Verlust von 42 Millionen eingetreten. Die vorhandenen Bohnen hätten nur noch als Futtermittel, und zwar mit einem Verlust von 60 Millionen Mark, verkauft werden können. Diese

Mitteilung rief besonders auf der Tribüne lebhafteste Bewegung hervor.

Der entlarbte Weisitz. Im vergangenen Herbst durchzog unter der Führung Müller-Kampert's die „Neue Schar“ Thüringen und fand überall begeisterten Zuspruch. Sie führten alte Volksgedichte und die Schar der durch das Land wandernden Hänger bedeckte Weisitz, die sich durch den Verkauf selbstgelegener Sachen und durch Weisitzentwürde, wurde immer größer. In Erfurt nur eine Kirche nicht aroh genug, am all die Herr der Redigt Lampertus zu lassen. Im nächsten Frühling wollte die Schar nach Norddeutschland weiter ziehen. Für den Winter stellte die Regierung zu Alenburg die Leuchtungen zur Verfügung. Dort hat sich nun die reifste Form der Weisitz entwickelt. Der erste kleine Rud hat das Licht der Welt erblickt und andere werden noch folgen. Die Regierung hat die Schar der Leuchtungen bewilligt, und die vertrauensseligen jungen Mädchen sind ein Opfer Mund Lambery geworden. Lambery soll ein feinerer Beschleier sein, der während des Krieges in Kiel mehrere, auf gelogtet interniert wurde, nach Ausbruch der Revolution Soldatenrat wurde und sich dann der Jugendbewegung anwandte.

Der fehere Kronprinz Rupprecht von Bayern hat sich wieder mit der Prinzessin Antoinette von Lozenburg verlobt, der er kurz nach der Revolution sein Wort zurückgegeben hat.

In New York währte 22 Stunden lang ein heftiger Schneesturm, der auch 10 Menschenleben forderte. 16 000 Leute waren beschäftigt, um durch den Schnee Wege zu bahnen.

Der neueste Anschlag der Pariserier. Formen der Erbsitzung, bei denen man eigentlich von „Anschlag“ nicht mehr reden kann, wurden nach den Erzählungen der Pariser Blätter auf dem Dornbald gezeigt, der vor kurzem zum ersten Male seit dem Kriege wieder stattgefunden hat. Eine Dome trug ein Koffin, das nur aus einem Hoch bestand; der Oberkörper war vollkommen unbekleidet. Mehrere andere beschränkte ihre Oberbekleidung auf einige Schmuckstücke, die vom Hals herabhängten. Solange der „offizielle“ Teil des Festes dauerte, hatten sie sich allerdings noch mit einigen Schärpen bedeckt. Aber als der Präsident, die Minister und die Mandatäre den Ball verlassen hatten, legten sie diese ab und neigten sich im vollen Ganz ihres „Anschlages“.

* **Nachspiel zur Tragödie von Steppeldorf.** Ein neues unerhörtes Verbrechen ist in der Nacht zum Freitag an den Aufhängen der gemordeten Schlossherrin von Steppeldorf, Dorothea Wöhrle, verübt worden. Das festliche Grab auf dem Friedhof in Lützen wurde aufgegeben und der Sarg am stoffigen zertrümmert. Das Kissen, auf dem der Kopf der Ermordeten ruhte, fand man inzwischen an dem Grab vor. Das neue Verbrechen hat in der ganzen Gegend große Aufregung hervorgerufen. Als die Kräfte der Ermordeten erloschen aufgefunden und die Scharung an der Leiche festgestellt worden war, wurde der Friedhof sofort abgesperrt. Polizeibeamte nahmen mit Stühlfüßen die Verfolgung der Aufspürer auf, verloren diese aber später wieder. Das Grab wurde dann durch die Beamten vollständig gesichert und festgestellt, daß die Verbrecher, da sie den Verfall des schweren eisernen Sarges nicht öffnen konnten, in diesen ein großes Loch gestemmt hatten. Sie hatten der Toten dann das weisse Leinwand und die Schuhe ausgezogen, von einem Unterwoll die wertvollen Spitzen abgeremmt und eine Stoppdecke gemacht. Die Särge sind auch noch in eine andere Gestalt eingedrungen, hatten ihre lebende Särge verübt, aber offenbar nichts gestohlen.

Deffentliche Sitzung des Schöffengerichts in Leuchtern am 25. Februar 1921.

Vorsitzend: Herr Amtsgerichtsrat Dr. Wiffner. Schöffen: Herr Lagerhalter Friedrich Schwarz in Leuchtern. Herr Schneebewirter Herr Mast in Leuchtern. Staatsanwaltschaft: Herr Amtsanwalt Böhmig. Protokollführer: Herr Julius Oberlechner Winter.

1. Wegen nachlässiger Aufsicherung wurden bestraft: 1. der Arbeiter Otto Höber in Leuchtern mit 30 M. evtl. 3 Tagen Haft. 2. die ledige Lina Mammel in Leuchtern mit 10 M. evtl. 2 Tagen Haft. 3. die ledige Emma Panzer in Leuchtern mit 10 M. evtl. 2 Tagen Haft.
2. Die Arbeiter: Lina Wendorf in Leuchtern wurde wegen Diebstahls mit 5 Tagen Gefängnis verurteilt.
3. Der aus der Unterungelast aus dem Gefängnis in Werkenfels vorgefallene Arbeiter Albin Pf. her wurde wegen Diebstahls in zwei Fällen mit 4 Wochen Gefängnis bestraft unter Wegfall der Strafen vom 18. 6. 1920, 3. 2. und 10. 2. d. J.

Stadtvorstandssitzung am 27. Februar.

Anwesend waren Bürgermeister Eßler, Mag. A. W. Fischer, Ratsch, Stadtvorstandsvorsitzer Schwarz und 18 Stadtvorordnete.

1. Stadtv. Kasse hat die Übernahme des Amtes als Stadtv. Schriftführer-Stellvertreter abgelehnt, wovon die Beschlusseckung Kenntnis nimmt.

2. Einer Magistratsvorlage entprechend wird beschlossene, des Erträge für Wachs, Vieh- und Jahrmärkte um 100 Prozent zu erhöhen.

3. Genehmigt wurde die Einführung einer Fremdensteuerordnung. Nach dieser Steuer hat derjenige, der gewerbsmäßig an ortsfremde Personen Zimmer vorzubereiten abgibt, eine Steuer von 10 Prozent des jeweiligen Zimmerpreises zu entrichten. Ein Zimmerpreis bis 2 Mark ist steuerfrei. Der Vermieter soll berechnen, die Steuer dem Mieter mit in Rechnung zu stellen.

4. Die Erhebung einer Gemeindesteuer bei dem Erwerb einer Wirtschaftsgenossenschaft wurde beschlossene. Die Vorlage bestimmt, daß bei dem Erwerb einer Wirtschaftsgenossenschaft je nach Umfang der betreffenden Wirtschaft an die Stadt eine Abgabe von 600—1500 Mark zu leisten ist.

5. Bezüglich eines Zuschlags zur Zuwachssteuer wurde folgende Steuerordnung erlassen: Einziger Paragraph. Zu dem Zuwachssteueranteil, welcher nach § 58 des Zuwachssteuergesetzes vom 14. Februar 1911 für die Stadgemeinde erhoben wird, wird bei den Steuerfällen, für welche der Nachschuß gemäß § 1 Abs. 3 und Abs. 4 Nr. 1 des Gesetzes über Änderungen im Finanzwesen vom 3. Juni 1913 nicht mehr zur Verfügung kommt, ein Zuschlag von 100 Proz. erhoben und zwar rückwirkend vom 1. April 1920 ab.

6. Die Erhebung eines Schulgeldes für Fortbildungsschüler wurde einem Magistratsbeschlusse entsprechend abgelehnt. Seitens des Rectors der hiesigen Fortbildungsschule war der Regierung ein Antrag unterbreitet worden, die Entschädigung für den Fortbildungsschulunterricht von 5 auf 10 Mark für die Stunde zu erhöhen und den dazu nötigen finanziellen Zuschlag zu leisten. Die Regierung verweigert sich abgesehen von dem Bemerkte, daß die Stadt Leuchtern die Kosten an schulischen habe und nicht an schulischen, ein entsprechendes Fortbildungsschulgeld zu erhöhen. Zu der heutig beschlossene wurde u. a. daran hingewiesen, daß die Finanzkraft der Stadt die Zahlung des Fortbildungsschulgeldes abgesehen von die in Bezug auf wohnhaften Fortbildungsschülerigen Arbeiter entfallen können, und ferner daß durch ein in nächster Zeit in Kraft tretendes neues Fortbildungsschulgesetz auch diese Maßnahme geregelt würde.

7. Hinsichtlich der Straßenbenennung in der Stellung hatte sich der Magistrat schließl. gemacht, die Benennung durch die dortige Namen ganz fallen zu lassen und den neuen Straßennamen nur allgemein mit „Siedlung“ 1—44 zu benennen. Der Beschlusse wurde durch die kommunale Mehrheit abgelehnt und ein Antrag der letzteren die Straßen: „Hofa Erhebung“, „Hofa Leuchtern“ und „Hofa Generalsstraße“ zu benennen, gegen die Stimmen der Bürgerlichen und der l. S. angenommen.

8. Die Veranschlagung nahm Kenntnis von der an die städtischen Beamten zu zahlen den Teuerungszulage von je 315 Mark für die Zeit vom 1. 4. 19, b. s. 31. 3. 20, infolge Verkürzung der Stadt Leuchtern in die der teuren Orte.

9. Aus Anlaß der Bekanntmachung des Kreisaustrittes, nach welcher für die nächste Zeit nur 15 Gramm Butter zur Ausgabe kommen wird, wird beschlossene, einen Protest gegen diese geringe Menge beim Kreisaustritt einzulegen.

Der Eintritt in die Lagerordnung und nach Erledigung derselben nur b. seitens des Bürgermeisters und einiger Stadtv. mehrere im Weisitz. Tabl. veröffentlichte Bericht aus Leuchtern freigelegt. J. B. sei die Bezeichnung: Das Gesellschaft habe, falls die gemeindliche finanzielle Zuwendung nicht beschlossene werde, mit der Fortnahme der Schweller gedroht, nicht wahr, ferner werde es als vollständig unberücksichtigt bezeichnet, wenn in einem Artikel der die Entschädigungsfrage der Fortbildungsschüler behandelte, der Stadtvorstandsmittel hätte die fehlende Bestimmung für die Bildung der Jugend vorgeworfen wird. Weiter ist dem Bürgermeister in einem Bericht über die Spiel- und Sportplatzfrage unterstellt worden, er habe erklärt, der Sportplatz sei vom Arbeiterwohnverein gepachtet und könnte nicht an andere Vereine abgegeben werden. Ferner wird behauptet, es werde in Leuchtern mit den Bürgern nicht verhandelt, und man könne vom Bürgerlicher nicht erwarten, daß ihm das Wohl der Bürgerlichen und ihrer Jugend am Herzen liegt. Bürgermeister Schüller weist alle diese Angriffe mit Entschiedenheit zurück und erklärt, daß er auch heute noch, wie beim Eintritt seines Amtes das Interesse der Allgemeinheit mit allen Kräften wahren werde.

Stoff-Blusen- und Gardinen-Farben zum Selbstfärben, Drogerie Curt Eitze, Oberstrasse 5.

Pr. Pflanzenmus Pfd. 5 M.
Apfel,
Himbeer-Marmelade
Pfd. 5.— M.
Kakao
garantiert rein 1/2 Pfd. 5.— M.
Weiche gute
Hausmacher-Nudeln
Pfand 8.50 M.
Schweineschmalz
Pfand 13.— M.
empfiehlt
Knaumann, Bahnstr. 7.

Frische Feische
Seelachs, Goldbarsch
frische grüne Seringe
empfiehlt
Edwin Hornisch.
Loko Das Universal-
mittel
beseitigt schmerzlos Warzen,
Ektawirungen, Leber-
flecke usw. ohne schneiden und
schneiden nach einmaliger An-
wendung. Gebrauchsanweisung
dort her gratis. Zu haben bei
Ernst Reiche, Friseur.

Schöne
Korbisweine
sehen zum Verkauf
Arno Fischer,
Berat. 2.
Aufforderung.
Ich fordere die Person,
welche den schwarzen Stroh
m. silbernen Gef. ge. W. D.
Rustmeister aus der Wardenro
z. grünen Baum mitgenommen
hat, denselb. sofort abzugeben, da
die mit genannte Person vor
m. sterben bewahren möchte.
E. Loth.

Ich bin Dienstag
von 8—1 u. 3—6 und
Donnerstag und Freitag
von 10—12 in Teu-
chern im Ratskeller zu
sprechen.
Mewes,
Rechtsanwalt u. Notar
Weissenfels a. S.
Saalstr. 12.
Gegenüber der Post.
Trauerkarten empfiehlt
D. Liefersung

Warnung.
Ich warne hiermit, Abel
Nachreden von mir zu verbreiten.
Da ich jedermann gerichtl.
lich belangen werde.
Marie Kaleswaite,
Teuchern.
2 Juhren
Dünger
sind zu verkaufen
Weinbergstr. 4.

Solide Agenten
bei hohem Verdienst
überall gesucht
Grünher u. Co.,
Neuroda i. G.
Vollrenten- u. Aktien-
fabrik.
Seidenpapier
zu haben bei
Otto Lieferenz.

Lichtspiele „Weisse Wand“

Dienstag, d. 1. u. Mittwoch, d. 2.
2 herrliche Sensations-
Detektiv-Schlager

Leichnam Nr. 427
Detektiv-Drama in 5 Akten.
II. Teil.

Davies, der Teufel
Detektiv-Drama in 5 Akten.
Vorführung 5^u und 8^u

Mittwoch 3 Uhr
Kindervorstellung.

Dienstag auf dem Wochenmarkte

Schellfisch
grosse grüne Heringe  bei
feinste Fettbücklinge
Böcker.

pt. amerikanisches Schweineschmalz
sowie feinste Tafelmargarine
a Pfund 10,80 Mk.

und empfiehlt billigt. D. D.

Holzverkauf.

Donnerstag, den 8. März 1921 vormittags 11
Uhr in den im Christelholz bei G. Weich

80 Haufen Brennholz, Hartholz
und einige Raummeter Knüppel
meißelnd gegen Barzahlung verkauft.
Drohlig, den 24. Februar 1921.

Albert Werfel & Sohn, Drohlig.

Licht U.T. Spiele
Größen-Nessa

Weska: Dienstag, den 1. März 7^u, 11^u Uhr Abend-
Vorstellung.

W. Aben: Mittwoch, den 2. März 3 Uhr Jugend-
5 Uhr erste und 8 Uhr zweite Abend-
vorstellung.

Die Herrin der Welt!
8 Teil.

**Die Rache der
Maud Ferguson**

So



**glänzt
Nigrin**

Alleiniger Hersteller: Carl Gentner, Göppingen (Württbg.)

Landwirtschaftl. Sämereien:

Deutscher Rotklee
Deutsche Luzerne
Esparssette
Eckendorfer Rübenkerne
Grasmischung für trockene
Wiesen
Grasmischung für feuchte
Wiesen
Gemüse- und Blumensamen
in Paketen

empfeht billigt unter Garantie der Reinkraft

Rob. Näther.

Neuerst preiswert und nur in bester
Qualität treffen Ende dieser Woche wieder
ein

 **grüne Heringe**
bei **Ferd. Gresse.**

Gelegenheitskauf.

Gebrauchten Getreidemäher
Grasmäher
Schlepprechen
Düngerstreuer

„
„
„
gibt billigt ab

R. Gäbler.

Spareinlagen

nimmt bei unbedingter Sicherheit und günstiger Verzinsung
entgegen

Annahmestelle der Sparkasse des Landkreises Weissentels

Die von der Sparkasse des Landkreises Weissentels ausgerichteten Anteilsscheine zur
6.—8. Kriegsanleihe können jetzt zum 25 senkurs eingelöst werden. Der Anteil zuzüglich der
aufgelaufenen Zinsen kann in Bar ausbezahlt oder auf ein Sparbuch gutgeschrieben werden.

Sparrasse des Landkreises Weissentels
Annahmestelle Leuznern. Näher.

Geschäftszeit:
9—12 Uhr vormittags und 2—6 Uhr nachmittags.

**Fussball-
Stiefel**

Ia Chromleder [grau]
prima Qualität
empfeht sehr preiswert.
Schulwarenh. L. Busch
Markt 11.



Dienstag, den 1. Febr. abends 6 Uhr
treffe ich mit einem sehr großen Transport

Läuferschweine
im Hotel zum Löwen ein
Gustav Schnellhardt.

Leinölfirnis, gar. rein
Ia Lederleim

empfeht

Rob. Näther.

Frida Triville

Gerhard Große Wennehate

Verlobte
Leuznern Hannover-Diesinghede
Februar 1921.

Arbeiter - Sterbe - Kassen - Gesellschaft.

Es werden hiermit alle Mitglieder in Kenntnis gesetzt,
daß **Sonntag, den 6. März 1921 nachmittags 3 Uhr**
im **Restaurant zur Post** (Inh.: Willy Zimmermann.)

General - Versammlung

stattfindet.

Tagesordnung:
1. Berichten d. Protokolls voriger General-Versammlung.
2. Bericht der Revisoren.
3. Rechnungslegung.
4. Bericht eines Vorstandsmitgliedes.
5. Geschäftliches.

Der Vorstand.

**Anerkannte Saattartoffeln
aus Sandboden**

Deodara, Yarnelka (Kamerische Züchtung), Elytes
Zukunft, Silika, Industrie und Kaiserkeime,
weggewisse und in kleineren Sorten bietet an

Oskar Gäbler, Fischendorf-Orfeld,
Telefon 65.

Achtung!
Sonntag, den 6. März
im Saal f. u. „Bonau“

Gr. Schweizer-Ball

Dazu werden alle Kollegen
hiermit eingeladen.
Jedermann hat Zutritt.
Anfang 5 Uhr.
Das Komité. Der Wirt.

**Konfirmanden-
Jackett**

für die **Lederball-
schuhe** N. 36 in verloschen
Wb? in der Exped.

**Verein für
vereinfachte Deutsche Stenographie**

**Verein
f. vereinfachte
Stenographie
Stolze-Sören**

Anfänger - Kursus
jed. Dienstag, v. 8^u
Schulz's Restaurant.

Passionsandacht
Mittwoch, den 2. 3. 21.
Leuznern: Abends 7 Uhr
Oberstr. Pagenant

**Arbeitsnachweis
Teuchern.**

Künftige Arbeitsstellen für alle
offene Stellen.
Geschäftszeit: 8^u, bis 1 Uhr.

Gesucht werden:
5 Mägde, 1 Sattlerlehrling,
1 Barbier, 1 Schuhmacher-
lehrling nach auswärts, 1 Ma-
ler, 1 Sattler, 1 Schorn-
steinverger, 2 K. Anreicherlinge,
1 Heizer, junger Knicht, 4—5
klare Schlichte nach auswärts
Isolari, ein Aufwartung, ein
Schmidlehrling, ein alterer
Mann als Nachwächter.

Stellen suchen:
7 Aufwartungen, 6 Osterbur-
chen in Heidebühndorf, 3
Osterburden 1 Schuhmacher-
oder Sattlerlehrling.

Dank.

Für alle liebevolle Teilnahme, die uns
beim Hinscheiden unseres teuren Entschla-
fenen in so überaus reichem Masse zuteil
geworden ist, sprechen wir hierdurch unsere
herzlichsten Dank aus.

Teuchern, den 29. Februar 1921.

Wtw. Selma Börner
nebst Hinterbliebenen.

Dank.

Für die vielen Beweise innigster Teil-
nahme, die uns bei dem frühen Hinscheiden
unseres lieben, unvergesslichen Sohnes und
Bruders

Georg Hoyer

zuteil geworden sind, sagen wir herzlichsten
Dank denen, die seinen Sarg mit Blumen
schmückten und ihn zur letzten Ruhestätte
geleiteten. Besonders danken wir Herr
Pfarrer Leitzmann für seine trostreichen
Worte, dem Klassenlehrer des Entschlafenen
nebst Mitschülern für den erhebenden Ge-
sang und schönen Kranz, sowie den Kon-
firmanden und Konfirmandinnen für die Geld-
spenden. Alles hat unseren Herzen wohlgetan.
In tiefstem Schmerz:
Familie Hoyer.

© Größelung, Druck und Verlag von Otto Neumann, Neudamm, 1921.

Wöchentliches Anzeiger

für Deuchern

und Umgegend

Anzeigenpreis: Die sechsgeheirte Korpuszeile 50 Hg. Beilagenpreis 1.— RM.

Anzeigenannahme in der Redaktion dieses Blattes, Späterhin 10. bis 12. Uhr. Große und familiäre Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unserer Expedition einreichen.

Erhalten wöchentlich 3 mal, und zwar Montags, Mittwochs und Freitag abends 8 Uhr für den folgenden Tag.



Bestellfrist: Der Anzeigerpreis: durch 10. bis 12. Uhr. Beilagenpreis 1.— RM. von unsern Seiten bis Ende Februar 6,00 RM. und danach des Bestellers. Wl. Einzel-Kaution: 20 Hg.

Bestellfrist: Der Anzeigerpreis: durch 10. bis 12. Uhr. Beilagenpreis 1.— RM. von unsern Seiten bis Ende Februar 6,00 RM. und danach des Bestellers. Wl. Einzel-Kaution: 20 Hg.

Amliches Verkündigungsblatt für die Stadt Deuchern.

Nr 26

Dienstag, den 1. März, 1921.

60. Jahrgang

Reich und Einzelstaaten.

Der Anstoß der Vernehmungen gibt Anlaß, die verfassungsrechtlichen Bestimmungen über die Beziehungen zwischen dem Reich und den Einzelstaaten des Reiches zu betrachten. Denn es kann nicht gleichgültig für die amtierende Reichsregierung sein, was für ein Ministerium die Staatsgeschäfte im größten deutschen Bundesstaate leiten wird.

Die Regierungen im Reich wie in den Einzelstaaten sind parlamentarische, sie haben also ihre Ausübung von dem Vertrauen des Reichstages bzw. ihrer Landesvertretung, die das Volk repräsentieren, abhängig zu machen. Im Reich beruht der Reichspräsident den Reichstages, der sein Kabinett bildet, in Preußen nach der Landesversammlung den Ministerpräsidenten zum selben Zweck. Das steht grundsätzlich aus, ist natürlich aber wesentlich das, denn Voraussetzung ist in beiden Fällen, daß eine parlamentarische Mehrheit da ist. Ohne diese Mehrheit kann kein Reichstagler seinen Posten übernehmen, und ebenso wenig kann ohne eine solche ein preussischer Ministerpräsident gewählt werden. Diese letztere Wahl ist also formenlos; heute kann man nur darauf gehopft sein, wie sich die Mehrheit zusammenfinden wird, denn danach bestimmt sich schließlich die Persönlichkeit des leitenden preussischen Staatsmannes.

Das Wahlergebnis war so, daß die bisherige preussische Regierung darin kein Vertrauensvotum des Volkes erblicken kann. Wenn die bisherige Regierungsmehrheit in der Landesversammlung den Versuch machen sollte, das Ministerium Braun weiter zu halten, so würde keine Wirksamkeit mit der bestehenden Reichsregierung herbeigeführt sein. In Preußen ist der Abg. Braun von dem Reichspräsidenten zum Reichspräsidenten ernannt. Es hat sich im letzten Winter gezeigt, daß diese beiden Regierungen keineswegs immer derselben Meinung waren, sondern es hat wiederholt scharfe Auseinandersetzungen unter ihren Ministern gegeben.

Vor 1914 beruht der Einfluß des Reichspräsidenten wesentlich darauf, daß er gewisse Entscheidungen

weh. Kommerzienrat Arnhold, Stellvertretender Vorsitzender des Gesamtverbandes der geschäftlichen Gewerkschaften Deutschlands Valters, Herr, Dr. Bonn, Edler v. Braun, Abg. Geh. Justizrat Dietrich (Nat.), Geh. Regierungsrat Duisberg, Gemeindefiskusdirektor Vbg. Erelenz (Dem.), Präsident des deutschen Industrie- und Handelslages Vbg. Dr. Frenzel (Dem.), Malermeister Hansen, Reichspräsidenten Geh. Jansen, Abg. Dr. Georg Deim (Nat. Vbg.), Geh. Bergamt Reger Leiter wirtschaftlicher Verbände Vbg. Keimath (Dem.), Geh. Justizrat Kemper, Kommerzienrat Klabner, Generaldirektor Köbinger, Direktor Krämer, Gemeindefiskusdirektor Vbg. Köster (Soz.), Direktor Röhren, Dr. Karl Reichler, Staatssekretär, Dr. August Müller, Dr. Walter Rathenau, Gemeindefiskusdirektor Vbg. Silber Schmidt (Soz.), Direktor v. Stang, Hugo Stinnes, Direktor Uebig, Generaldirektor Vögler, Verbandsvorsteher der Rieber, Geh. Oberregierungsrat Wiedfeldt und Reichsminister a. D. Wiffell.

Das Reichsministerium hat Freitag nachmittag unter Teilnahme des Staatspräsidenten über die beiderseitigen Gegenüberstände für die Londoner Konferenz Beschlüsse gefaßt.

Sonabend vormittag empfing dann der Reichsminister des Auswärtigen die Führer der Reichstagsparteien, um ihnen die Absichten der deutschen Regierung für London bekanntzugeben. Mittags machte Reichsminister Simons dieselben Mitteilungen dem Ausschuss des Reichstages für die auswärtigen Angelegenheiten. Sonntag vormittag reiste die deutsche Delegation nach London ab.

Frankreich will Deutschlands Börse mit Gewalt öffnen.

Der französische Ministerpräsident erklärte in London, in einer Presse-Interaktion für das Weutsche Bureau.

Die Wiedereröffnung ist eine Frage der Gerechtigkeit, die für alle Nationen bindend ist, und bevor sie nicht geregelt ist, wird in der ganzen Welt Unruhe herrschen. Wenn in Deutschland wegen der Zahlung einer Schuldigkeit, die sich auf die französische Schuldigkeit bezieht, so besteht auch in Frankreich eine Schuldigkeit, die wegen der französischen Schuldigkeit auf Seiten der Nation sein, die angegriffen wurde und gestiftet hat. Ueber die Gerechtigkeit der französischen Forderungen kann ein Zweifel nicht herrschen. Es ist für einen Schuldner ganz üblich, zu erklären, er sei nicht in der Lage zu zahlen. Es gibt jedoch kein Beispiel eines Mannes, der eine solche Erklärung annimmt, ohne ihre Möglichkeit zu prüfen. Wir sind gekommen, um Deutschlands Gegenstände in die Lage anzubringen. Frankreich hat in dem in Paris erzielten Abkommen jedes Opfer gebracht, das möglich war. Frankreich kommt nicht mit einer voreingenommenen Ansicht und hier ist alles anzu nehmen, was die Lage verbessern würde. Wenn Deutschland jedoch nur über sein eigenes Geld jammern will, dann werden wir ihm auch zeigen, was unser Geld ist.

Wenn Deutschland nichts in seiner Börse hat, dann soll es sie öffnen, damit wir selbst nachsehen können. Will Deutschland dies nicht tun, dann müssen wir eben die Börse mit Gewalt öffnen.

Die Orientfragen.

Eine Kommission soll die Fragen regeln. Die Londoner Orientkonferenz magte unbedingt Sonabend zu Ende kommen, denn Montag beginnt bereits die Konferenz mit den Deutschen. Da aber noch so viel Streitfragen bestehen, die gelöst werden müssen, hat man zu dem alten Hilfsmittel gegriffen, und eine Kommission eingesetzt, welche die Fragen am Freitag sollte erledigt haben. In der Sitzung am Freitag hatte Lloyd George mit, anstatt der Meinungsvorstellungen, die sich hinsichtlich der Bevölkerung von Syrien und Emirna in den griechischen Land zugewandten Jonen gezeigt hätten, hätten die Alliierten sich bereit erklärt, die Frage einer internationalen, von ihnen zu ernennenden Kommission zu unterbreiten, die am Ort im Falle einer reifen Untersuchung über die vor- und Nachkriegsverhältnisse anstellen soll. Beide Parteien sollen sich formell verpflichten, das Ergebnis dieses Schiedsspruches anzunehmen, sowie die nötigen Vertragsklauseln, die ohne Veränderung anzu erhalten werden sollen. Eine weitere Bedingung ist, daß die Befehlshaber sofort eingestellt werden, und daß den Minderheiten in den griechischen und türkischen Gebieten bis zum endgültigen Abschluß des Friedens Siderheiten gegeben werden.

Beide türkischen Delegationen erklärten sich mit der Einsetzung dieser Kommission einverstanden und erklärten, sie würden sich der Entscheidung unterwerfen. Sie trüsten über daran die Bedingung, daß die türkischen Gebiete während der Tätigkeit der internationalen Kommission international verwalten werden sollen, und daß die Erhebungen in zwei Monaten abgeschlossen werden. Auch erklärten die Türken, daß die griechische Armee nicht vorwärts und nicht vorwärts werden für die Verhandlung der Frage Lloyd Georges, es sei die nötigen Bedingungen des Vertrages von Teheran anerkennen, bereit sich die Türkei bedenklich anzu.

Sehr verstimmt waren die Griechen über die Entscheidung der Konferenz, ihnen waren bekanntlich die Gebiete von Thrazien und Emirna durch den Vertrag von Sewres zugesprochen, und sie möchten sie nicht aufgeben, nicht gern herausgeben. Die griechische Delegation hatte bis Freitag abend lange Beratungen und eine endgültige Entscheidung von ihr ist noch nicht bekannt.

Der Deuchener Reichsbrand.

Die Verlesung des Kupa-Prozesses. Wie aus Streifen der internationalen Kommission verlautet, soll der Kupa-Prozess doch stattfinden; allerdings nicht vor dem zuständigen Deuchener Schwurgericht, sondern einer vorläufigen Prüfung gemäß vor dem Sondergerichtshof der internationalen Kommission in Dypsch.

Im Zusammenhang mit dem Hochprozeß Kupa steht noch eine andere sensationelle Affäre: die Wein- und Branntwein-Verlesung. Dieser war Bureau und Sekretär im polnischen Plebiszitkommissariat in Deuchern. Allen Anzeichen nach war der Hauptangeklagte Wyrzyski, ein unmittelbarer Untergebener, der den Auftrag hatte, die Beschlüsse für das polnische Plebiszitkommissariat zu leisten. Dieser Sekretär Wyrzyski hat nur einen Meineid geleistet, durch den er befreit, dem Wyrzyski beschuldigt zu haben. Das Gegenteil ist durch die Voruntersuchung klar erwiesen, und nachdem nun eine Klage gegen Wyrzyski erhoben worden war, ist er flüchtig und allein Anzeichen nach über die polnische Grenze entkommen.

Alle diese Spuren weisen untrüglich darauf hin, daß Korzants polnisches Plebiszitkommissariat unmittelbar mit dem Wyrzyski in Verbindung steht. Es ist zu befürchten, daß der Beginn des Prozesses nach der Gang der Verhandlung durch die internationalen Kommission so lange hinausgezögert wird, daß diese Sache erst nach der Abklärung zur Klage gelangen kann. Würde der Prozeß vor der Kommission stattfinden, so würde zweifellos das polnische Plebiszitkommissariat auf das schwerste kompromittiert und die polnische Sache in Oberstufen rettungslos diskreditiert werden.

Die Bond und seine französischen Offiziere mit polnischen Wärdern Arm in Arm, wodurch eine tiefe Freundschaftsgesellschaft. Ueberstrich: Die unparteiliche internationalisierte Kommission.

Das französisch-polnische Bündnis, das einseitig nur gegen Deutschland gerichtet ist, illustriert diese „Unparteilichkeit“ der Franzosen noch deutlicher. Ueber dieses Bündnis heißt in den gewöhnlich deutschfreundlichen „Times“, die Gile und Energie, mit der die polnischen und französischen Staatsmänner das Bündnis zwischen Polen und Frankreich aufgebracht hätten, heute darauf hin, daß Frankreich für die Londoner Konferenz den Bündnisvertrag bereit haben sollte, so daß es die Möglichkeit habe, eine Konzentration polnischer Truppen 100 Meilen von Berlin vorzunehmen, falls Deutschland sich widerpenig zeigen und Großbritanien eine entschlossene französische Politik nicht unterließe.

Die neue Getreidebewirtschaftung.

Einzelheiten über das neue Anlagengesetz. In einer Pressekonferenz machte der badische Minister des Innern nähere Mitteilungen über die in Wärdern veröffentlichte Verordnung über die Getreidebewirtschaftung. Die fribdenischen Getreidebewirtschaftungsstellen haben bei der Wärdener Konferenz, zunächst die freie Bewirtschaftung gepödet unter der Voraussetzung, daß es gelinge, eine Getreideerzeugung von 1/2 Millionen Tonnen ins Land zu bringen, die den Bedarfsländer bei Erzeugung der Nahrung zur Verfügung stehen und gleichzeitig zur Regenerierung der Preisbildung Verwendung finden sollten. Dieser Vorschlag erwieß sich aber wegen der Schwierigkeit der Deckungsbeschaffung als unannehmbar.

Bei dem beschlossenen Anlagengesetz soll jeder Landwirt pro Hektar mit Getreidefläche bebauter Fläche nicht mehr als durchschnittlich 3 1/2 Doppelzentner Getreide zu den Getreidestellen liefern, die auf Grund der amtlichen Anlagensätze auf ungefähr 2050 Mt. pro Dmome berechnet sind. Das Reich legt festlich dem einzelnen Landwirt die entsprechenden Sollmengen auf; nur die Länder sind gegenüber dem Reich verpflichtet, für die nicht eingehenden Quanten den Unterschied zwischen dem amtlichen und dem Weltmarktpreis zu vergüten. Es ist diese Vergütung von den einzelnen Gemeinden und Landwirten zurückzulegen, bleibt ihrer Entscheidung überlassen.

Man hofft, auf dem Wege der Anlage 3 Millionen Tonnen Getreide erhalten zu können. Die fribdenischen Getreideerträge form der Erzeuger in seiner Wirtschaft nach Wärdern zu bewegen. Zudem kommt von seiner Anlage sein Bedarf als Selbstzeuger in Wärdern, so daß kleine Landwirte im kommenden Erntejahre von der Anlagensatzung im Getreide völlig befreit sein werden. Auch die Wärdern- und Hauskontrolle wird fallen.



Die Erzeugung von Getreide und anderen landwirtschaftlichen Produkten ist ein wichtiger Bestandteil der Wirtschaft. Die Erzeugung von Getreide ist ein wichtiger Bestandteil der Wirtschaft. Die Erzeugung von Getreide ist ein wichtiger Bestandteil der Wirtschaft.

Die Erzeugung von Getreide ist ein wichtiger Bestandteil der Wirtschaft. Die Erzeugung von Getreide ist ein wichtiger Bestandteil der Wirtschaft. Die Erzeugung von Getreide ist ein wichtiger Bestandteil der Wirtschaft.